

Weiterhin Entsetzen

Kritik an Kulturgut-Verkauf

Karlsruhe (-bl.) Heinz Fenrich (CDU), Oberbürgermeister von Karlsruhe, hüllt sich in Schweigen, und schon munkeln manche, er spare seine kraftvollen Worte, um beim heutigen Jubiläums-Festakt unter dem Stichwort „200 Jahre Baden“ unmissverständlich klar zu machen: Die kostbaren Handschriften und Inkunabeln (Wiegendrucke), die an die Nachfahren des einstigen Großherzogs abgegeben werden sollen, müssen in der Badischen Landesbibliothek bleiben.

Andere haben bereits eindeutig Position bezogen. Nach der Landesvereinigung Baden, der Badischen Bibliotheksgesellschaft und der SPD (wir berichteten), brachten nun gestern auch die Grünen und die Karlsruher FDP ihren Protest gegen die Pläne der Landesregierung zum Ausdruck. Die beiden Karlsruher Landtagsabgeordneten der Grünen, Renate Rastätter und Gisela Splett, zeigten sich entsetzt über den drohenden Ausverkauf wertvoller Kulturgüter. „Es ist für uns eine unerträgliche Vorstellung, dass unschätzbare Handschriften aus tausendjähriger Kulturgeschichte unseres Landes der Öffentlichkeit entzogen und in privaten Tresorschränken verschwinden sollen.“ Die beiden Abgeordneten kritisieren nicht zuletzt, dass Ministerpräsident Günther H. Oettinger offenbar bereits konkrete Zusagen an das Haus Baden gemacht haben. Damit verstoße er gegen „das originäre Recht des Landtags, Entscheidungen von dieser außerordentlichen Tragweite zu treffen.“

Der Vorsitzende der Fraktion FDP/Aufbruch im Karlsruher Gemeinderat, Michael Obert, betrachtete den geplanten Deal mit dem badischen Fürstenhaus als „schäbigste aller Lösungen.“ Der Fraktionschef der Liberalen verwies unter anderem darauf, dass das Prozessrisiko bei einem eventuellen Rechtsstreit um das Eigentum der badischen Kulturgüter für das finanziell angeschlagene Haus Baden wesentlich schwerer zu tragen sei als für das Land. Im übrigen vermisst er eine kreative Herangehensweise an das Problem: „Wir brauchen zur Rettung der Handschriftensammlung der Badischen Landesbibliothek eine Bündelung aller Kräfte und wesentlich mehr Fantasie als die Landesregierung,“ betont der FDP-Politiker, dessen Partei in Stuttgart allerdings offenbar anderer Auffassung ist.